

# „Demokratie ist kein Sofa“

Einladung zur Tagung zum Ausbau der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen

Wie in den vergangenen Jahren findet auch in diesem Jahr wieder eine Demokratietagung, veranstaltet von den Landtagsfraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Zusammenarbeit mit dem Bündnis Mehr Demokratie in Thüringen statt (am Dienstag, den 23. Juni).

Thematischer Schwerpunkt ist diesmal die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene und deren Weiterentwicklung.

Mit dem Volksbegehren Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen und dem nachfolgenden parlamentarischen Beratungsprozess konnten gegen den Widerstand der in der vierten Wahlperiode allein regierenden CDU schon wichtige Bausteine, wie die Senkung der Quoren und die Einführung von Bürgerbegehren auf Landkreisebene, durchgesetzt werden.

Es sind aber noch Baustellen offen geblieben. Unter dem Veranstaltungstitel „Demokratie ist kein Sofa“ soll es nun um die weitere Optimierung der Verfahrensabläufe bei Bürgerbegehren

und Bürgerentscheiden sowie Einwohneranträgen gehen. Diskutiert werden soll z.B. über die Einführung des Ratsbegehrens, die Schaffung eines verpflichtenden Referendums bei Entscheidungen, vor allem Veräußerungsplänen, zu kommunalen Einrichtungen und Unternehmen der Daseinsvorsorge, also z.B. Abfallentsorgung, Wasserversorgung.

Aber auch die Einführung von Bürgerbegehren zur Abwahl von Bürgermeistern und Landräten und die Einführung einer Verpflichtung der Verwaltung zu aussagekräftigen Informationen an alle Haushalte vor Bürgerentscheiden und deren konkrete Ausgestaltung sollen Themen sein.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses Mehr Demokratie in Thüringen wird eine Einführung zur kommunalen direkten Demokratie und dem Stand des Entwicklungsprozesses in Thüringen geben. Danach ist vorgesehen, dass sowohl Ministerpräsident Bodo Ramelow (in einem Grußwort) als auch drei aktive Funktionsträger/innen aus der Kommunalpolitik unter dem Motto „Starke Kommunen brauchen starke

Bürgerinnen und Bürger“ ihre Sicht und Anforderungen an eine funktionierende direkte Demokratie auf kommunaler Ebene in Thüringen einbringen.

Dann beschäftigt sich Prof. Hans Meyer, Mitglied im Kuratorium Mehr Demokratie, als Referent mit der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen und informiert auch über Entwicklungen in anderen Bundesländern.

Ebenso vorgesehen ist eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Koalitionsfraktionen, dem Bündnis und jeweils einem Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes und des Landkreistages. Auf der Veranstaltung wird – wie in den vergangenen Jahren schon – auch genügend Platz für Nachfragen und Diskussionen unter Einbeziehung aller Teilnehmer sein.

**Alle Demokratie-Interessierten, ob engagiert in Initiativen und Vereinen oder als Einzelpersonen, sind herzlich eingeladen zur Demokratietagung „Demokratie ist kein Sofa“ am Dienstag, 23. Juni, in der Zeit von 14 bis ca. 18.30 Uhr in Raum F 101 im Landtag in Erfurt.** ■

## Wie in Thüringen die Kitas finanziert werden

Rund 86.000 Kinder besuchen derzeit Kindertagesstätten in Thüringen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 605 Millionen Euro. Ein Kita-Platz kostet durchschnittlich etwas mehr als 7.000 Euro im Jahr. Die Kosten teilen sich Eltern, Kommunen und das Land. Das Land zahlt 188 Millionen Euro besondere Finanzzuweisungen. Diese werden zweckgebunden ausgezahlt pro besetztem Platz für die Ein- bis Dreijährigen. Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren erfolgt die Auszahlung pro gemeldetem Kind an die Wohnsitzgemeinde.

Weitere 125 Millionen Euro werden steuerkraftabhängig über die Schlüsselzuweisungen gezahlt. Dazu kommt, dass Kinder unter sechs Jahren zusätzlich als 4,5 Einwohner angerechnet werden. Dies entspricht einem rechnerischen Betrag von rund 2.200 Euro im Jahr. Hinzu kommen noch 17 Millionen Euro Investitionspauschale für den Kita-Bereich (1.000 Euro pro Neugeborenes). Insgesamt zahlt also das Land 330 Millionen Euro. Die Elternbeiträge summieren sich auf fast 92 Millionen Euro. Das sind ca. 1.100 Euro pro Platz und Kind im Jahr. Die Eltern tragen somit durchschnittlich 15 Prozent der Gesamtkosten. Jedoch muss dabei berücksichtigt werden, dass rund 20 Millionen Euro an Elternbeiträgen von den Jugendämtern getragen werden. Die Kommunen finanzieren die Kindertagesstätten mit 183 Millionen Euro, unter Berücksichtigung der 20 Millionen Euro Übernahme der Elternbeiträge durch die Jugendämter beträgt die kommunale Kostenbeteiligung 203 Millionen Euro.

MDL Frank Kuschel ■

## „Deutsche Burschenschaft“ unerwünscht

Am letzten Mai-Wochenende hat der extrem rechte Akademikerbund „Deutsche Burschenschaft“ (DB) erneut seinen jährlichen „Burschentag“ in Eisenach ausgerichtet. Dazu Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Urburschenschaftsgründung muss festgestellt werden, dass die Deutsche Burschenschaft kontinuierlich nach rechts gerückt ist. Die im Dachverband verbliebenen Studentenverbindungen stehen für antidemokratische und völkisch-nationalistische Traditionen und Positionen. Zu Recht gehen von der Deutschen Burschenschaft frequentierte Städte, wie Marburg, Innsbruck und Eisenach, auf Distanz zu dem Verband.“

Die Stadt Eisenach hatte vor zwei Jahren den Vertrag für die bislang genutzte Werner-Aßmann-Halle gekündigt, dieser läuft 2017 aus. Auch die Wartburgstiftung weigert sich, den Wartburghof weiter an die „Deutsche Burschenschaft“ zu vermieten.

Die DB hatte die Eisenacher Bürgermeisterin Katja Wolf (LINKE) dafür angegriffen. In einer Mitteilung hieß es auch, der „Versuch, die Deutsche Burschenschaft loszuwerden“, würde dazu führen, „die Stadt in den finanziellen Abgrund zu stürzen“. Katharina König dazu: „Möglicherweise haben sich die Burschenschafter bei den vielen Fechtmensuren bleibende Schäden zugezogen und leiden nun unter Realitätsverlust. Dass sich einmal im Jahr 300 Burschenschafter in ihrer Verkleidung treffen, um über völkische Ideologie, Ariernachweis und Co. zu debattieren, einen Fackelmarsch zelebrieren und sich danach rituell besaufen, davon ist

weder Eisenach noch irgendeine andere Stadt abhängig. Gut und gerne kann man auf solche Besuche verzichten.“

Der Rechtsruck der DB fand zu Jahresbeginn seinen neuerlichen Höhepunkt. Dass Anfang 2015 der Vorsitz der 'Deutschen Burschenschaft' ausgerechnet an die äußerst rechtslastige 'Germania Marburg' übertragen wurde, die das mit einer Feier zum Gedenken an die Gründung des 'Deutschen Reiches' kombinierte, offenbart den Charakter des Verbandes. Die Entwicklung der DB und ihrer Mitgliedsverbände, in denen es zahlreiche Verbindungen in die neonazistische Szene gibt, gelte es weiterhin zu beobachten. „So lange die 'Deutsche Burschenschaft' in ihrer bisherigen Zusammensetzung nach Eisenach pilgert, so lange ist es auch nötig, dem reaktionären Treiben nationalistischer Männerbünde entgegenzutreten.“ ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Merkel laviert

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) reagierte dann doch: in der „Süddeutschen Zeitung“ wies sie längst kursierende Vorwürfe zurück, ihr Kanzleramt habe im Zusammenhang mit einem angeblich geplanten „No-Spy-Abkommen“ mit den USA gelogen. Merkel dazu: „Natürlich nicht. Es gab zwischen der amerikanischen Seite und uns Gespräche, die es möglich erscheinen ließen, ein solches Abkommen zu vereinbaren.“

Merkels Intimus Ronald Pofalla hatte 2013, nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl, großspurig verkündet, die USA hätten den Abschluss eines solchen Abkommens angeboten. Nach den für die deutsche Regierung so desaströsen Enthüllungen über die Komplettüberwachung durch den US-Geheimdienst NSA sollte das der Befreiungsschlag werden. Doch Merkel, so heißt es heute, habe längst gewusst, dass die US-Regierung lediglich zu einer unverbindlichen Prüfung bereit war. Das „No-Spy-Abkommen“ scheiterte kläglich. Dennoch gibt sich Merkel reichlich politmasochistisch auch heute „zutiefst davon überzeugt“, dass im Interesse der Sicherheit der hiesigen Bürger die Geheimdienstzusammenarbeit mit den USA notwendig sei.

Und auf die Frage, ob ihr angesichts eigener Betroffenheit geäußelter Satz noch gelte, dass das Abhören unter (politischen) Freunden nicht gehe, meint sie: „Ich habe im Juli 2013 gesagt, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt.“ Ihr Satz über das Abhören unter Freunden beschreibe zwar nur einen Grundsatz, den sie aber dennoch für wichtig halte. Merkels trauriger Satz hat inzwischen noch weit größere Bedeutung erhalten. Es ist bekannt, dass der deutsche BND im Auftrag der NSA wohl europäische Partnerstaaten ausspioniert hat. Wie hat einst Arthur Schopenhauer schön gesagt: „Was dein Feind nicht wissen soll, das sage deinem Freunde nicht.“ ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.